

ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

Fraktion Die Linke im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Vorschlag der Fraktion Die Linke.
hier: Straßenumbenennung

Beratungsfolge:

15.11.2018 Rat der Stadt Hagen

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hagen beschließt, die Hindenburgstraße in Mehmet-Kubasik-Straße umzubenennen.

Kurzfassung

entfällt

Begründung

siehe Anlage

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

sind nicht betroffen

Rathausstraße 11
58095 Hagen

Herrn
Oberbürgermeister

Erik O. Schulz

Telefon 02331 / 207 3324
Telefax 02331 / 207 2189
fraktion@dielinke-hagen.de
Sparkasse Hagen
Kto: 100 174 299
BLZ: 450 500 01

- im Hause -

Montag 5. November 2018

Antrag zur Tagesordnung gemäß § 6, Abs. 1 der GeschO des Rates der Stadt Hagen für den öffentlichen Teil der Sitzung des Rates am 15. November 2018

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte nehmen Sie folgenden Antrag zur Tagesordnung für die Sitzung des Rates am 15.November.2018 auf.

Thema: Straßenumbenennung

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hagen beschließt, die Hindenburgstraße in Mehmet-Kubasik-Straße umzubenennen.

Begründung:

Straßenumbenennung:

Straßennamen prägen das Bild einer Stadt. Sie können Ort von Erinnerungskultur sein, wenn sie beispielsweise nach Persönlichkeiten benannt werden.

Außerdem stellen Straßennamen einen Bezug zur Stadt her. Viele Bürgerinnen und Bürger werden ihren Straßennamen schon einmal gegoogelt haben, um zu erfahren, nach wem diese Straße benannt ist.

Deswegen ist es unsere Erachtens nach wichtig, Straßen so zu benennen, dass ein positiver demokratischer Bezug hergestellt werden kann.

Hindenburgstraße:

Die Hindenburgstraße in der Nähe des Bahnhofs befindet sich in einem eher migrantisch geprägten Stadtteil.

Hindenburg ist eine politisch hoch umstrittene Person. Neuere Studien sind zu der Ansicht gelangt, dass er der NSDAP zur Macht verholfen habe.

(siehe: Pyta, Wolfram: "Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler" Berlin 2007)

Außerdem schwächte er durch die Konstruktion der "Dolchstoßlegende" die junge Weimarer Republik, insbesondere deren Regierung.

(Die Dolchstoßlegende spricht die Wehrmacht von Versagen im 1. Weltkrieg frei und sieht die Schuld für die Niederlage bei Sozialdemokratie oder Jüdinnen und Juden.)

Hindenburg hat eine wichtige Scharnierfunktion zwischen National-Konservativen und Nazis übernommen.

(Thamer, Hans-Ulrich: "Vom Umgang mit Straßennamen - Der Fall Hindenburg")

Weiterhin vertrat er, wie die Nazis, die Idee einer Volksgemeinschaft, die jeden Pluralismus ausschloss. Diese politischen Kräfte schlossen sich zusammen und bauten das demokratische System der Weimarer Republik in einen autoritären Staatsapparat um, in dem gegen Ende hauptsächlich durch "Notverordnungen" regiert wurde und Freiheitsrechte

(Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit) außer Kraft gesetzt wurden. (Thamer, Hans-Ulrich: "Vom Umgang mit Straßennamen - Der Fall Hindenburg")

Mehmet Kubasik:

Mehmet Kubasik stand kurz vor seinem 40-igsten Lebensjahr als er am 04. April 2006 von dem NSU ermordet worden ist. Er ist das achte Mordopfer des NSU und starb in Dortmund.

Es ist noch nicht geklärt, wie der NSU seine Opfer ausgewählt hat, jedoch scheinen recht wahllos Menschen mit Migrationshintergrund ermordet worden zu sein.

Wir möchten die Hindenburgstraße in Mehmet-Kubasik-Straße umbenennen:

1) Hindenburg ist kein Vorbild für eine demokratische Gesellschaft.

2) Hagen ist eine stark migrantisch geprägte Stadt, doch schlägt sich ihre Existenz in Straßennamen bisher kaum oder gar nicht nieder.

<https://www.wp.de/staedte/hagen/schon-jeder-dritte-in-hagen-ist-ein-migrant-id1666924.html>

3) Es ist erschreckend, dass Neonazis in Deutschland 10 Menschen ermorden konnten und lange Zeit unentdeckt blieben. Sich daran zu erinnern könnte dazu führen, dass Bürgerinnen und Bürgern Mut gemacht wird, couragiert zu handeln.

4) Während die Namen der Mörder des NSU in aller Munde sind, vermag kaum jemand die Opfer zu nennen.

5) Hagen - als eine bunte Stadt - sollte Vorbild an Solidarität mit den Opfern des NSU sein. Die Straßenumbenennung wäre ein Symbol für Verantwortungsbewusstsein.

Mit freundlichen Grüßen

Elke Hentschel

Fraktionsvorsitzende

Ralf Sondermeyer

Fraktionsmitarbeiter

ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

Amt/Eigenbetrieb und ggf. beteiligte Ämter:

01 Stadtkanzlei

Betreff: Drucksachennummer: 1098/2018
Vorschlag der Fraktion Die Linke.
hier: Straßenumbenennung

Beratungsfolge:
15.11.2018 RAT

Am 05.11.2018 hat die Fraktion Die Linke. den Vorschlag zur Tagesordnung des Rates am 15.11.2018 eingereicht, die Hindenburgstraße in Mehmet-Kubasik-Straße umzubenennen.

Die Verwaltung weist hierzu darauf hin, dass Straßen(um)benennungen nicht in der Zuständigkeit des Rates, sondern gemäß § 10 (4) Nr. 3 lit. A der Hauptsatzung der Stadt Hagen in der Entscheidungszuständigkeit der Bezirksvertretungen liegen:

„(4) Straßenraum und Verkehr, Wege und Plätze

A. Entscheidungszuständigkeit

Nr. 3 Widmung, Einziehung und Benennung von Straßen, Wegen und Plätzen“.

Im konkreten Fall handelt es sich um die Entscheidungszuständigkeit der Bezirksvertretung Hagen-Mitte.

Die Verwaltung empfiehlt daher dem Rat der Stadt Hagen, dem Beschlussvorschlag der Fraktion Die Linke. nicht zu folgen.

gez. Erik O. Schulz
Oberbürgermeister

Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

- Ja
 Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r
Die Betriebsleitung
Gegenzeichen:

Amt/Eigenbetrieb:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:

Fachbereich Kultur 49/2	18.2.2019
	Ihr Ansprechpartner: Dr. Ralf Blank Tel.: 207 – 2852 Fax: 207 – 402 ralf.blank@stadt-hagen.de

Die Hindenburgstraße in Hagen

Genese der Straßenbenennung

Die Hindenburgstraße in Hagen entstand Anfang 1930 durch Umbenennung der bisherigen Karlstraße. Der Hintergrund für diese Umbenennung war die Eingemeindung der Stadt Haspe sowie der Ämter und Gemeinden Vorhalle und Boele nach Hagen am 1. August 1929. In den neuen Grenzen des damaligen Stadtgebiets befanden sich etwa 100 Straßennamen, die nach der Gebietsreform in der Großstadt Hagen doppelt oder mehrfach vorhanden waren.

Um die Neu- und Umbenennung dieser Straßen vorzunehmen, bildete die Stadtverwaltung Hagen im Sommer 1929 eine Kommission. Sie setzte sich aus Vertretern der Stadt Hagen und der hinzugekommenen Kommunen sowie aus „Mitgliedern der Heimatverbände und anderer besonders interessierter Organisationen“ zusammen (siehe die ausführliche Darstellung in: „Neue Hagener Straßennamen. Beseitigung der Doppelnamen“, Hagener Zeitung v. 10. Januar 1930).

Die Kommission reichte beim Polizeipräsidenten in Hagen eine Vorschlagsliste zur weiteren Veranlassung ein. In Hagen war 1927 bis 1934 eine staatliche Polizeiverwaltung mit einem Polizeipräsidenten an der Spitze unter anderem für die Umbenennung von Straßen zuständig. Die Kommission berücksichtigte ebenfalls den Hagener Haus- und Grundbesitzerverein, der die Umbenennungsliste zur Bestätigung bzw. Korrektur erhielt. Am 10. Januar 1930 wurden die beim Polizeipräsidenten eingereichten Vorschläge veröffentlicht.

Da die Unterlagen der für die Straßenumbenennung gebildeten Kommission im Stadtarchiv anscheinend nicht überliefert sind, ist nicht bekannt, welches Mitglied bzw. welche Organisation den Vorschlag gemacht hat, die Karlstraße in Hindenburgstraße umzubenennen. Dem zitierten Artikel in der Hagener Zeitung ist zu entnehmen, dass es in Haspe ebenfalls eine Karlstraße gab. Sie konnte ihren Straßennamen behalten, die Hagener Karlstraße wurde in Hindenburgstraße umbenannt; die Karlstraße in Haspe trägt bis heute diesen Namen. Dagegen wurde die bisherige Karlstraße in Boele 1930 nach dem Dichter Eduard Friedrich Mörike (1804-1875) umbenannt. Aus der Mörikestraße in Boele wurde der noch heute vorhandene Mörikeweg.

Festzuhalten bleibt, dass die Karlstraße in Hagen 1930 in Hindenburgstraße umbenannt wurde. Diese Umbenennung geschah im Rahmen einer vollständigen Überprüfung der Hagener Straßennamen. Auf welchen Vorschlag in der zuständigen Kommission die Umbenennung nach Paul von Beneckendorff und von Hindenburg (1847-1934) erfolgte, lässt sich nicht belegen. Der Vorschlag passte durchaus in den Rahmen der übrigen Umbenennungen nach Politikern der damaligen Reichsregierung, so dass rückblickend weder eine besondere Affinität zum Rechtsextremismus

bzw. monarchistischem Gedankengut zu erkennen ist. Allerdings handelte es sich bei den übrigen Benennungen nach Politikern um postume Würdigungen, während Hindenburg 1929/30 der einzige noch lebende Repräsentant unter den ausgewählten Vertretern war. Hindenburg amtierte seit 1925 in der Nachfolge des verstorbenen sozialdemokratischen Politikers Friedrich Ebert als zweiter Reichspräsident der deutschen Republik.

Beinahe konsequenterweise wurde bisherige Kölner Straße in Hagen, in Haspe blieb die Kölner Straße erhalten, nach dem verstorbenen Reichspräsidenten und Hindenburg-Vorgänger Friedrich Ebert umbenannt. Die Nordstraße in Hagen wurde nach dem 1921 von Rechtsextremen ermordeten Zentrums-Abgeordneten und Reichsfinanzminister Matthias Erzberger, die Hagener Oststraße nach dem 1922 von Rechtsextremen ermordeten Reichsaußenminister Walter Rathenau, die Südstraße nach dem 1929 verstorbenen Reichskanzler (1923) und Reichsaußenminister Gustav Stresemann, die Hagener Weststraße nach dem Verfasser der Weimarer Reichsverfassung, dem 1925 verstorbenen Juristen Hugo Preuß benannt. Die Neumarktstraße erhielt die Bezeichnung Republikstraße, aus dem Neumarktplatz wurde Republikplatz.

Die Liste der umzubenennenden Straßen spiegelte folglich auch die damalige politische Situation sowie einen Rückblick auf die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg wieder. Auf der Umbenennungsliste finden sich im Januar 1930 daher Straßennamen, die unter anderem an den Ersten Weltkrieg und seinen Folgen für das Deutsche Reich erinnern sollten, wie die Tannenbergstraße. Für ein Neubaugebiet in Eilpe war die Straßenbenennung nach Städten im 1919 vom Deutschen Reich abgetrennten Elsaß-Lothringen vorgesehen. Neu entstehende Straße in Boele sollten nach Städten benannt werden, die in den nordöstlichen Gebieten des Deutschen Reiches lagen und seit 1919 zu Polen gehörten.

Unmittelbar nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in Hagen im März 1933 erfolgte durch Beschluss der ersten Stadtverordneten-Versammlung im April des Jahres ein Antrag auf Umbenennung von zahlreichen Straßennamen. Darunter befanden sich auch die im Jahr nach der Gebietsreform von 1929 an Weimarer Reichspolitiker erinnernden Straßennamen. Die Hindenburgstraße wurde belassen, der damalige Reichspräsident war in der ersten Sitzung der Hagener Stadtverordneten-Versammlung gemeinsam mit Adolf Hitler zum Ehrenbürger der Stadt ernannt worden.

Nach dem Untergang des nationalsozialistischen Regimes und dem Ende des Zweiten Weltkriegs im Mai 1945 erfolgte auf Anordnung der Alliierten bzw. in den folgenden Jahrzehnten durch die demokratischen Gremien in Hagen keine Umbenennung der Hindenburgstraße. Die im April 1933 an den früheren Reichspräsidenten Paul von Hindenburg vergebene Ehrenbürgerwürde wurde am 10. Juli 2013 durch den Rat der Stadt Hagen symbolisch aberkannt. Die nach ihm benannte Straße stand nicht zur Disposition.

Bewertung der Hindenburgstraße

Paul von Hindenburg historische Rolle bezog sich zunächst auf seinen Nimbus als Militärführer während des Ersten Weltkriegs. Als „Sieger von Tannenberg“ war er an der entscheidenden Schlacht bei Tannenberg (26.-30. August 1914) beteiligt, die das Vordringen der russischen Truppen nach Ostpreußen verhindert hatte. Im August 1916 übernahm er mit Erich Ludendorff die 3. Oberste Heeresleitung. Sie versuchte mit zunehmend diktatorischen Maßnahmen, nicht nur die kämpfende Truppe, sondern auch die Heimatfront zu organisieren. Das „Hindenburg-Programm“ führte ab 1917 zu drakonischen Sparbeschlüssen, die sich unmittelbar auf die Versorgung der Bevölkerung auswirkten. Hindenburgs Biograf Wolfram Pyta charakterisiert Hindenburgs Führung bis

zum Kriegsende im November 1918 als „charismatische Herrschaft“ (Wolfram Pyta: Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, München 2007).

Hindenburg zog sich nach dem Kriegsende in den Ruhestand zurück. Der frühe Tod des Reichspräsidenten Friedrich Ebert am 28. Februar 1925 machte im folgenden Monat die vorzeitige Wahl eines neuen Reichspräsidenten notwendig. Da sie ohne Mehrheit für jeden der aufgestellten Kandidaten endete, wurde Paul von Hindenburg in der folgenden Reichspräsidentenwahl der Kandidat des antirepublikanischen „Reichsblocks“. Im April 1925 erhielt Hindenburg in direkter Wahl die Mehrheit der Stimmen und wurde im Mai als neuer Reichspräsident vereidigt.

Zum Zeitpunkt der Straßenumbenennung 1930 in Hagen war Hindenburg seit knapp fünf Jahren im Amt. Seine Amtszeit endete 1932. In der folgenden Reichspräsidentenwahl trat Hindenburg mit Unterstützung der SPD und des Zentrums erfolgreich gegen den Kandidaten Adolf Hitler an. Als Reichspräsident stand der von seiner persönlichen Grundhaltung monarchistisch und antirepublikanisch eingestellte Hindenburg für die demokratische Verfassung, die seit der wirtschaftlichen und politischen Krise ab 1929 vermehrt durch links- und rechtsextreme Parteien in Gefahr war.

Die Ernennung Hitlers am 30. Januar 1933 durch Hindenburg und das von ihm tolerierte Kabinett aus Vertretern der NSDAP, parteilosen und der Deutschnationalen Volkspartei gaben Hindenburg den Ruf des „Steigbügelhalters“ Hitlers. Bis zu seinem Tod am 2. August 1934 trug Hindenburg, der am „Tag von Potsdam“ am 21. März 1933 nach außen Geschlossenheit mit Hitler demonstrierte, die Beschlüsse des NS-Regimes und die Abschaffung der Demokratie auf dem Weg in eine totalitäre Diktatur anstandslos mit. Trotz seines fortgeschrittenen Alters war er, so auch sein Biograf Pyta, immer „Herr seiner Sinne“ und agierte weitgehend selbstbestimmt.

Wie sollte mit der Hindenburgstraße umgegangen werden?

Eine Umbenennung, nach wem oder was auch immer, wäre eine einfache, nach fast 90 Jahren fortwährende Existenz dieses Straßennamens in Hagen aber sicherlich auch deplatzierte und bei nahe ikonoklastische Lösung. Wie mit Straßennamen umgegangen werden kann, wurde bereits im Januar 1930 in dem zitierten Artikel der Hagener Zeitung vorgeschlagen: mit zusätzlichen Informationen versehen und in einen stadtgeschichtlichen Kontext zur Vermittlung und Auseinandersetzung einbinden.

Bereits 2017 wurde im Zusammenhang mit der vorgeschlagenen (und durch die BV Haspe abgelehnten) Umbenennung der Agnes-Miegel-Straße in Hagen ein pädagogisch-didaktisches Vermittlungsangebot zu den Hagener Straßennamen in den Raum gestellt. Dieser Vorschlag ist, wie das Beispiel der Hindenburgstraße zeigt, immer noch aktuell und erforderlich. In einem gemeinsamen Projekt zwischen Stadtarchiv, VHS, Hagen Agentur, Hagener Heimatbund und Stadtheimatpfleger ließe sich eine Topographie der Straßennamen auf den Weg bringen. Sie könnte über Stadtführungen und durch ein Online-Angebot erschließbar sein und auch Unterrichtsmaterialien für Schulen bereitstellen.

Ein gutes Beispiel bietet die vom LWL-Institut für Regionalgeschichte betreute Datenbank der Straßenbenennungen 1933-1945 unter der Internet-Adresse:

www.strassennamen-in-westfalen-lippe.lwl.org

Dr. Ralf Blank

Orga-Kennziffer	Ansprechpartnerin			
62/1109	Herr Hiddemann	2737		dennis.hiddemann@stadt-hagen.de

28.02.2019

Mögliche Straßenumbenennung Hindenburgstraße

hier: Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus Sicht des Fachamtes ist dieser Bereich, zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, ausreichend benannt.

Der Bereich „Hindenburgstraße“ wurde am 01.08.1929 im Zuge der Eingemeindung benannt. Vor der Eingemeindung lautete der Name „Karlstraße“.

Sollte eine Umbenennung in Betracht kommen, sind betroffen:

- 183 gemeldete Personen (Stand 28.02.2019):

Hausnummer in der Hindenburgstraße	Anzahl der gemeldeten Personen
2	15
5	10
7	7
11	18
12	4
13	2
15	18
17	16
19	14
20	39
22	2
28	18
35	20

- 9 gemeldete Gewerbe (lt. Gewerbeauskunft)

Die Benennung bzw. Umbenennung einer Straße ist ein dinglicher Verwaltungsakt in Form der Allgemeinverfügung. Die Anlieger der betreffenden Straße haben grundsätzlich kein subjektives Recht darauf, dass eine bestimmte Benennung erfolgt oder unterbleibt, wohl aber darauf, dass die Gemeinde bei ihrer Ermessensentscheidung die Interessen der Anlieger in die Erwägung einbezieht. Dies gilt insbesondere bei Umbenennungen, aus denen sich wirtschaftliche Folgen für die Anlieger ergeben können. Die Anlieger haben insoweit ein subjektives Recht auf ermessensfehlerfreie Entscheidung, insbesondere auf Abwägung der für die Umbenennung sprechenden Gründe unter Berücksichtigung der Grundsätze der Erforderlichkeit, Geeignetheit und Verhältnismäßigkeit mit den Interessen der Anwohner auf Beibehaltung des bisherigen Namens. Auch wenn die Straßenanlieger die (bisherige) Straßenbenennung zum Gegenstand eigener Dispositionen gemacht haben, sind die mit einer sachlich begründeten Umbenennung verbundenen Nachteile (neue Briefbogen, Visitenkarten, Stempel, Mitteilung der Adressenänderung) den Bürgern zumutbar (vgl. Kodal/Krämer, Straßenrecht, 6. Aufl., Kap. 11 Rz. 17.1, 17.2). Mangels eines gezielten konkret-individuellen Zugriffs auf das Eigentum liegt bei diesem Sachverhalt im Übrigen auch kein Eingriff in Form der Enteignung vor. Es handelt sich insoweit auch nicht um einen enteignenden oder enteignungsgleichen Eingriff. In der Straßenumbenennung liegt keine unmittelbar bewirkte Beeinträchtigung einer Rechtsposition, die dem Kläger ein Sonderopfer abverlangt, das die Überwälzung der Nachteile auf ihn unzumutbar erscheinen lässt.

So können insbesondere Briefbögen und Visitenkarten ohne große Kosten z. B. durch einen Stempelaufdruck wieder verwendungsfähig gemacht werden (vgl. VG Minden, Urt. V. 27.11.2002, Az.: 3 K 1770/02). Wird der bei den Anliegern entstehende Kostenaufwand in die Entscheidung eingestellt und ist diese damit ermessensfehlerfrei, so zählen sogar die gegenüber einem Privatanleger i. d. R. wesentlich höheren Umstellungskosten eines Unternehmens zu den gelegentlich auftretenden zumutbaren Kosten des allgemeinen Geschäftsbetriebes (vgl. hierzu OVG Münster, Beschluss vom 29.10.2007, Az.: 15 B 1517/07, der gegen die Umbenennung des bisherigen „Carl-Diem-Weges“ gerichtete Antrag wurde in diesem Verfahren abgelehnt).

Es sollte jedoch im Rahmen der Ermessensentscheidung erwogen werden, auf die für die Umschreibung amtlicher Dokumente (z. B. Fahrzeugschein) gegebenenfalls entstehenden Kosten zu verzichten. Dies hatte beispielsweise das Verwaltungsgericht München bei einer Überprüfung des Ermessens berücksichtigt (VG München, Urteil vom 11.12.2007, Az.: M 2 K 07.4074).

Im Falle einer rechtmäßigen Umbenennung einer Straße unter Beachtung der o. g. Ermessenserwägungen bestehen somit keine Schadensersatzansprüche der Anlieger. An Folgekosten sind insoweit allenfalls die zu übernehmenden Umschreibekosten für die amtlichen Dokumente einzukalkulieren. Die Kosten können, wie in dem Fall „An der Turnhalle“ (Vorgang 1007/2011), durch die Stadt übernommen werden.

Zusätzlich zu den finanziellen Auswirkungen sind auch die Verzögerungen durch die Verbreitung der neuen Straßenbezeichnung und der Übernahme von den Dienstleistern (z.B. Deutsche Post, Versandhändler, u.a.) in ihre Datenbanken zu bedenken. Als Beispiel ist das Problem der Zustellung im Gebiet der ehemaligen „Carl-Diem-Straße“, nun „An der Turnhalle“, zu nennen.

Karten- und Navigationslösungsanbieter (z.B. GoogleMaps, TomTom, u.a.) benötigen ebenfalls lange Zeit, bis diese Änderungen im System übernommen wurden.

Bundesweit wird das Thema „Hindenburg“ unterschiedlich behandelt.

- In Solingen wurde 2010 aus dem „Hindenburgplatz“ der „Walder Marktplatz“ .
- In Münster wurde der Hindenburgplatz 2012 in „Schlossplatz“ umbenannt. Dazu ist der ausführliche Vorgang auf dem Internetauftritt der Stadt Münster dokumentiert, in dem die Umschreibung der Ausweisdokumente gebührenfrei und die Mitteilung der Änderung durch die Stadtverwaltung übernommen wurde.
- Während beispielsweise 2013 in Voerde ein Bürgerbescheid die Umbenennung gekippt hatte, wurde im gleichen Jahr in Wesel die Umbenennung im Rat ohne Bürgerbeteiligung abgestimmt. Somit ändert sich die Bezeichnung an der gemeinsamen Stadtgrenze. Hier sollen laut Bericht der Rheinischen Post die Anwohner die Kosten tragen.
- In Hannover wurde eine Bürgerbeteiligung gestartet, um einen neuen Namen für die Hindenburgstraße zu finden. (Stand 10.2018)
- In Feldkirchen wurde die Umbenennung beschlossen, aber ein neuer Name steht noch nicht fest. (Stand 01.2019)
- In Lübeck soll der Hindenburgplatz umbenannt werden. (Stand 02.2019)

Für weitere Fragen oder eine Zusendung von Presseartikeln stehe ich gerne zur Verfügung.

Im Auftrag



(Hiddemann)